



Meat & don't greet

Schlachthausbeschäftigte und ihre Verbündeten organisieren sich gegen Razzien der US-Migrationsbehörden – Von Rose Bookbinder*

Geschätzte elf Millionen Menschen ohne gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse leben und arbeiten in den USA. Sie sollen »so schnell entfernt werden, wie sie gekommen sind« – so kündigte der oberste Heeresführer des Land of the Free and Home of the Brave per Twitter die US-weiten Razzien unter Leitung der Polizei- und Zollbehörde ICE Mitte Juni an. Doch nicht nur ICE-Agenten protestieren gegen ihren Auftrag und fordern die Abschaffung der Heimatschutzbehörde, weil sie sich lieber »auf echte Kriminelle konzentrieren wollen« (Spiegel, 1. Juli 2019), auch die BürgermeisterInnen vieler Megacities verweigern die Kooperation, und Zehntausende gingen in verschiedenen Städten auf die Straße. Wir dokumentieren einen Bericht über betriebliche Solidaritäts- und Protestbewegungen aus den Labor Notes.

Am 7. August 2019 mussten die Schlachtereistädte im Herzen Mississippis die größten Arbeitsplatz-Razzien in den USA seit 2006 über sich ergehen lassen. Etwa 680 ArbeiterInnen aus sieben Hähnenschlachtereien wurden durch die Migrationsbehörde ICE festgenommen und inhaftiert. In Morton, Mississippi, wurden zehn Prozent der Bevölkerung entweder inhaftiert oder gefeuert. Eltern wurden am gleichen Tag festgenommen, an dem sie ihre Kinder zu ihrem ersten Schultag gebracht hatten.

Die Razzia verbreitete nicht nur in den Schlachthäusern Angst, sondern unter ImmigrantInnen im ganzen Land. Natalie Patrick-Knox von Jobs with Justice (JwJ) beschreibt, was die Angst vor Abschiebung nach sich zieht: »ArbeiterInnen haben Angst, Lohnrückstände, gefährliche Arbeitsbedingungen und andere Verstöße zu melden.« »Angst erleichtert es den Arbeitgebern im Niedriglohnbereich, ihre Konkurrenz durch die Verletzung des Arbeitsrechts auszustechen«, sagt sie. Das habe, ungeachtet des Aufenthaltsstatus', Auswirkungen auf alle ArbeiterInnen. AnwältInnen der ImmigrantInnen sagen, dass ICE auf diese Betriebe zielte, weil die ArbeiterInnen dabei waren, sich für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu organisieren. Viele wurden bereits durch die Gewerkschaft United Food and Commercial Workers (UFCW) vertreten.

Sobald die Razzien bekannt wurden, machten Initiativen für Arbeiter- oder MigrantInnenrechte mobil. Der Verband Food Chain Workers Alliance, ein landesweites Bündnis, das 340.000 ArbeiterInnen repräsentiert, sammelte tausende von Dollars, die an die UFCW geschickt wurden.

Die Führungsebene von Jobs with Justice ließ sich von der UFCW und zwei lokalen Initiativen für die Rechte von MigrantInnen instruieren. In Abstimmung mit UFCW, dem

Southeast Immigrant Rights Network SEIRN und der Gruppe Mississippi Resiste suchte JwJ zweisprachige OrganizerInnen und schickte sie zur Unterstützung der lokalen Gruppen.

Aus dem Pioneer Valley Workers Center in West-Massachusetts schickten wir eine unserer ehrenamtlichen Hotline-MitarbeiterInnen, Cecilia Prado, zur Unterstützung des Teams in Mississippi. Dort arbeitete sie als freiwillige Organizerin und Fallmanagerin. »Die meisten von uns Freiwilligen waren Latinos bzw. Latinas, die mit dem Stress, den das Migrationssystem verursacht, vertraut sind. So konnten wir Beziehungen knüpfen und das Vertrauen der Community gewinnen.« Die OrganizerInnen arbeiteten von früh morgens bis tief in die Nacht. »Wir verteilten Flugblätter in Kirchen und Gemeinden, um die Leute auf die vorhandenen Ressourcen aufmerksam zu machen«, sagt Prado. Kirchen beherbergten die selbstorganisierte Rechtsberatung und leisteten humanitäre Hilfe.

In drei Wochen interviewte das Team von Mississippi Resiste 468 Familienmitglieder, um die Verhafteten zu identifizieren und zu lokalisieren. Viele ohne bereits laufendes Verfahren bei der Migrationsbehörde oder Vorstrafen wurden entlassen. Die 200, die noch immer eingesperrt sind, wurden auf neun verschiedene Gefängnisse verteilt.

ArbeiterInnen machen Druck

»Es war viel Scham im Spiel«, sagt Prado. »Wir sprachen darüber, wie unfair das ist. Wir arbeiteten am Vertrauensaufbau in der Community, bestärkten sie darin, ihre Erfahrungen zu artikulieren, gaben Weiterbildungen zu ihren Rechten, und versetzten sie in die Lage, ihre eigenen Bewegungen zu führen.«

»Die meisten, die aus Fabriken ohne gewerkschaftliche Vertretung kamen, waren der Meinung, dass sie als Undokumentierte rechtlos sind«, sagt sie. Neben den hunderten Verhaftungen gab es auch hunderte von Entlassungen. Diejenigen, die noch arbeiten, be-

fürchten, dass sie die nächsten sind. Um Gegendruck zu entwickeln, haben die SchlachthausarbeiterInnen angefangen, Komitees in ihren Städten zu organisieren. Dabei haben sie an alle Beteiligten Rollen wie Sitzungsplanerin, Protokollant, Kassiererin, Sprecher und Spendenbeauftragte vergeben. In Morton organisierte die lokale Kerngruppe ein riesiges Treffen zu den Rechten migrantischer ArbeiterInnen, an dem über 200 Menschen teilnahmen.

Beschäftigte und Menschen aus ihrem Umfeld, die direkt oder indirekt von den Razzien betroffen waren, haben sich Arbeitsrechtsanwälte gesucht und begonnen, die erlebten Gesetzesverstöße in diesen oder anderen Fabriken zu dokumentieren, zum Beispiel Lohnbetrug oder sexuelle Belästigung. UFCW sammelt ebenfalls Berichte über Verstöße gegen die Rechte ihrer Mitglieder, bietet Notfallhilfe und hat eine Rechtshilfegruppe zusammengestellt.

Vergeltung?

Gerade im vergangenen Jahr hat eine der von den Razzien betroffenen Fabriken, Koch Foods, mit der Zahlung von 3,75 Mio. Dollar an ArbeiterInnen einen Rechtsstreit aus einer Sammelklage bezüglich Lohnbetrugs, der Diskriminierung von Latinos/Latinas und sexueller Belästigung beendet. UnterstützerInnen sehen nun einen weiteren Beweis dafür, dass die ICE Betriebe ins Visier nimmt, in denen Beschäftigte sich für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen organisieren. Die Geflügelindustrie gehört zu den gefährlichsten Branchen des Landes.

Die Nahrungsmittelindustrie insgesamt – von der Landwirtschaft über Fast Food-Beschäftigte, Restaurants, Supermärkte, Fleischverarbeitung einschließlich der Geflügelindustrie – ist der größte Sektor der US-amerikanischen Wirtschaft. Zugleich beträgt der Durchschnittslohn hier lediglich zehn Dollar pro Stunde. Lohnbetrug ist weit verbreitet. Der Verband Food Chain Workers Alliance hat mithilfe von Daten der Regierung gezeigt, dass ein Fünftel der ArbeiterInnen in der Nahrungsmittelindustrie MigrantInnen sind, wobei diese Zahl vermutlich noch zu niedrig veranschlagt ist.

Viele der Familien in diesen Werken wurden durch Arbeitsvermittler in Mexiko und Mittelamerika angeheuert. Die Anstellung von Latinos und Latinas war eine Maßnahme zum Stopp der Organisierungsbemühungen schwarzer ArbeiterInnen, die in den Geflügelfabriken Zentral-Mississippi zwischen 1970 und den 1990ern Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen durchsetzen konnten (s. dazu auch die express-Artikel zur gewerkschaftlichen Selbstorganisation der Black Workers for Justice im labournet). Die MigrantInnen, die diesen Sommer Opfer der Razzien waren, erhielten allerdings solidarische Unterstützung von Schwarzen Organisationen in Mississippi. Organisationen wie People's Advocacy Institute, Malcolm X Grassroots Movement, Mississippi Workers Center for Human Rights, NAACP und andere erklärten: »Die migrantenfeindliche, gegen Latinos und gegen Schwarze gerichtete Politik dieser Regierung erschüttert das Bewusstsein aller vernunftbegabten Menschen.«

Seid vorbereitet

Die Rückkehr der Razzien am Arbeitsplatz stehen für jenes neue Gesicht der Vollstreckungsbehörden, das viele MigrantIn- und Arbeiterorganisationen unter der Präsidentschaft Trumps befürchtet hatten. Unter Präsident Obama gab es mehr Abschiebungen als unter irgendeinem anderen Amtsvorgänger, aber die Behörden führten die Überprüfung der Arbeitserlaubnis und unangekündigte Kontrollen eher bei den Betroffenen zuhause durch.

Wir müssen damit rechnen, dass diese Razzien weitergehen. Je besser wir uns auf eine schnelle Reaktion vorbereiten, desto größer ist das Potential, sich zu organisieren und eine gemeinsame Front der Gegenwehr zu schaffen.

Solidarität ist entscheidend in diesen Situationen, und es ist am besten, sie frühzeitig aufzubauen. JwJ und die AFL-CIO haben Tipps veröffentlicht, wie im Vorfeld finanzielle Ressourcen mobilisiert und Rollen verteilt werden können, so dass Leute unmittelbar in die Unterstützungsarbeit einsteigen können. Workshops zur Aufklärung über Rechte sind ebenfalls von größter Bedeutung. Es sieht so aus, als hätte die ICE eine übliche Taktik angewendet. Die Kontrolleure kommen in den Betrieb und rufen: »Alle mit Papieren hierher, alle ohne Papiere dorthin!« Die Verinnerlichung von Verhaltensregeln ist in Krisensituationen entscheidend. Rollenspiele können uns darauf vorbereiten, dass wir weder uns selbst noch unsere KollegInnen als Papierlose outen.

Lasst jeden Arbeiter, jede Arbeiterin trainieren zu sagen, dass sie keine Fragen beantworten: »Ich werde mit niemandem sprechen, keine Fragen zu meinem Aufenthaltsstatus beantworten, nicht auf Anschuldigungen eingehen, nicht auf meine gesetzlichen Rechte verzichten oder einer Durchsuchung meiner Person, meiner Papiere oder meiner Habe zustimmen, bevor ich nicht zuerst den Rat eines Anwalts einholen konnte.«

** Rose Bookbinder ist Co-Vorsitzende des Pioneer Valley Workers Center, Organizerin bei Jobs with Justice und Aufsichtsratsvorsitzende der Food Chain Workers Alliance.*

Quelle: www.labornotes.org

Übersetzung: Stefan Schoppengerd

express im Netz unter: www.express-afp.info